



Treffen mit der Bürgerinitiative

Zugang zum Standortübungsplatz außerhalb der Übungszeiten



Vor einigen Wochen hat sich in Handorf eine Bürgerinitiative gegründet, welche sich für einen zeitlich und/oder örtlich begrenzten öffentlichen Zugang des Standortübungsplatzes Handorf-Ost außerhalb der Übungszeiten einsetzt. Die Initiative beschreibt sich als demokratische, rechtsstaatliche und konfessionslose, überparteiliche, unabhängige Bürgerinitiative, die sich friedlich, diskriminierungsfrei und positiv-konstruktiv für den öffentlichen Zugang des Standortübungsplatzes einsetzt. Wie auch die CDU respektiert sie den Übungsbedarf der Bundeswehr und möchte denkbare Kompromisslösungen zusammen mit der Bundeswehr und der Politik erarbeiten. Hierzu hat sie eine Unterschriftensammlung gestartet und bis zum Redaktionsschluss bereits mehr als 1000 Unterschriften

auf Papier und mittels einer Online-Petition gesammelt.

Letzte Woche konnte die CDU Handorf Vertreter der „Bürgerinitiative Standortübungsplatz Handorf Ost“ treffen. Die Vertreter haben sich über die Situation im Hinblick auf den Standortübungsplatz ausgetauscht, der seit dem 21. Oktober durch die Bundeswehr für die Zivilbevölkerung gesperrt ist. Es wurde darüber gesprochen, wie der Platz zukünftig wieder eingeschränkt durch die Öffentlichkeit genutzt werden könnte. Die CDU unterstützt dabei die konstruktive Vorgehensweise der BI, die mit der Bundeswehr zusammen an einer gemeinsamen Lösung arbeiten möchte, die sowohl den zunehmenden Übungsbedarf der Bundeswehr, als auch die Interessen der Zivilbe-



Vertreter der Bürgerinitiative und der Ortsunion trafen sich vor einigen Tagen zum Austausch. Auf dem Foto (v.l.n.r.): Stefan Meesters (CDU), Christian Herkt-Bruns (BI), Jessica Horschke (BI), Robin Dahm (CDU), Silke Busch (CDU), Frank Bussmann (BI) und Ilona Thaleiser (CDU).

völkerung respektiert. Dazu möchte die BI zunächst bis Ende Februar möglichst viele Unterschriften sammeln, um den Rückhalt in der Bevölkerung zu dokumentie-

ren. Da die Kommunalpolitik die jetzige Situation nicht direkt beeinflussen kann, werden Bürgerinitiative und die CDU Handorf den Kontakt auf Bundesebene suchen.